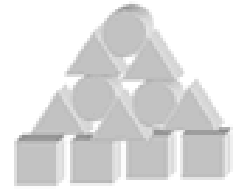


Main-Kinzig-Kreis geht neue Wege in der Sozialhilfe für Arbeitslose*



Wege aus der Krise - Beschäftigung statt Sozialhilfe

Angesichts der dramatischen Krise in der kommunalen Sozialpolitik beschloss Erich Pipa, Sozialdezernent des Main-Kinzig-Kreises, neue Wege zu gehen. Seit 1996 entwickelt der Kreisbeigeordnete mit Initiativen und Modellprojekten innovative Lösungen, die wegweisend für die Zukunft inzwischen deutschlandweit Beachtung finden. Und das Beispiel macht Schule: Deutschlandweit wollen sich viele Landkreise künftig an der Strategie orientieren, die im Main-Kinzig-Kreis bereits seit einigen Jahren überzeugende Bilanzen zeitigt. Der Landkreistag und zahlreiche führende Politiker auf Bundes- und Landesebene fordern die bundesweite Umsetzung des Konzepts der „Neuen Wege“.

„Beschäftigung statt Sozialhilfe“ ist das Motto der neuen Wege in der Sozialpolitik. Den von Jahr zu Jahr drastisch gestiegenen Sozialhilfeausgaben, die die Haushalte sprengten und verantwortlich waren für die weitere Verschuldung von Kommunen, setzt Erich Pipa im Main-Kinzig-Kreis eine aktive Beschäftigungspolitik entgegen. Und der Erfolg gibt ihm recht: Im Jahr 1999 gelang es ihm erstmals, den Nettoaufwand für die „Hilfe zum Lebensunterhalt“, also die klassische Sozialhilfe, um 1,88 Millionen Euro gegenüber 1998 zu senken – und das trotz steigender Bevölkerungszahlen.

Und dabei handelte es sich um keinen nur kurzzeitigen Erfolg: Die positive Tendenz konnte in den folgenden Jahren fortgesetzt werden. Von 1998 - 2002 erzielte das Sozialdezernat des Main-Kinzig-Kreises trotz 19,43 Millionen Euro Investitionen in Beschäftigungsmaßnahmen eine Gesamtreduzierung des Nettoaufwandes für die „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“ um 2,5 Prozent auf 39,8 Millionen Euro.

In den Jahren zuvor waren die Sozialhilfeausgaben im Kreis ständig gestiegen. Allein im Zeitraum von 1990 bis 1996 erhöhten sie sich von 21,2 Millionen auf 52,6 Millionen Euro. Zurückzuführen war diese Entwicklung unter anderem auf die wirtschaftliche Gesamtsituation, die steigende Arbeitslosigkeit und den Rückzug des Bundes aus den sozialen Leistungsgesetzen. So wurden etwa Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe gekürzt, berufliche Qualifizierungs- und Eingliederungsmaßnahmen des Bundes zurückgefahren und das Unterhaltsgeld eingeschränkt. Dies ging zu Lasten der Kommunen als Träger der Sozialhilfe, die die Folgen dieser Entwicklung auffangen mussten.

Der Main-Kinzig-Kreis begegnet diesem Problem mit intensiver Beratung der Sozialhilfeempfänger und konkreten Hilfestellungen zur Bewältigung ihrer jeweiligen Lebenssituation.



*) übernommen von http://www.mkk.de/cms/de/aemter-und-betriebe/aemter-liste/sozialamt/neue_wege_in_der_sozialpolitik/wege_aus_der_krise/wege_aus_der_krise.html am 11. Mai 2004

Im Zentrum der Bemühungen steht die Wiedereingliederung in den Ersten Arbeitsmarkt, die Wiederherstellung der Selbstständigkeit der Hilfesuchenden. Weg vom Schriftverkehr und hin zum Bürger werden die Schwierigkeiten umfassend, unbürokratisch und auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnitten aus dem Weg geräumt.

So wurde in Modellteams vor Ort eine Zusammenarbeit von Arbeitsamt und Sozialamt in Angriff genommen und ein gemeinnütziges Berufsbildungs- und Beschäftigungszentrum als kreiseigener Betrieb gegründet. Berufsorientierungskurse für Frauen geben gezielte Motivation und Perspektiven zum Wiedereinstieg ins Berufsleben, die „Leitstelle Wohnen“ kann bei Mietrückständen und drohenden Räumungsklagen weiterhelfen. Deutschkurse beseitigen sprachliche Barrieren auf dem Weg zum Job, und wer zum Arbeiten dringend mobil sein muss, dem wird in Ausnahmefällen sogar ein Darlehen für die Führerscheinprüfung gewährt.

Die Politik der „Neuen Wege“ vereint sozial wertvolles mit ökonomischem Handeln und hebt so die herkömmliche Auseinandersetzung mit dem Thema auf, die sich um eine „unzureichende Verwaltung der Armut“ einerseits und die „Unterstützung Arbeitsunwilliger mit Steuergeldern“ auf der anderen Seite drehte. Die umfassende Anstrengung zur Wiederherstellung der Selbstständigkeit dient in einem Zuge den Hilfesuchenden wie auch den Steuerzahlern. Auf die Haushaltsslage des Main-Kinzig-Kreises hat sie sich bereits sehr positiv ausgewirkt.

(Auszüge aus weiteren Informationen zu diesem Projekt)

Modellteam Erlensee

Als erstes Projekt der neuen sozialpolitischen Wege im Main-Kinzig-Kreis nahm am 17. Juni 1996 ein Team aus Mitarbeitern des Kreissozialamts, des Arbeitsamts, des Kreisjugendamts und der Gemeindeverwaltung im Rathaus Erlensee seine Arbeit auf, um vor Ort vernetzt zu arbeiten. Zeitweise wurden

Die Realisierung solcher Konzepte kostet allerdings auch Geld. Doch die Investition in mehr Personal hat sich rentiert: Schon 3 028 Menschen wurden im Main-Kinzig-Kreis allein durch gezielte Projekte aus der Sozialhilfe geholt und auf den Ersten und Zweiten Arbeitsmarkt oder in Ausbildungsverhältnisse vermittelt.

Und im Gegensatz zu manch anderen beschäftigungspolitischen Konzepten zeitigen die Projekte Erich Pipas nachhaltige Erfolge, wie auch ein Bericht des Frankfurter Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik über die Sozial- und arbeitsmarktpolitischen Initiativen im Main-Kinzig-Kreis belegt. Unter der Überschrift „Hilfe mit Langzeitwirkung“ heißt es dort: „Die Nachhaltigkeit der beruflichen Wiedereingliederung wird eindeutig durch die Tatsache unter Beweis gestellt, dass von den im Jahre 2000 in den Ersten und Zweiten Arbeitsmarkt überführten 557 Hilfeempfängern auch nach mindestens zweijährigem Ablauf des Ausscheidens aus der Sozialhilfe bis zum 31. 12. 2002 rund 80 Prozent dieser Personen nicht mehr in die Sozialhilfe zurückgekehrt sind.“ Von den 1 345 Hilfeempfängern, die von Anfang 2000 bis Ende 2002 in Arbeit vermittelt wurden, können 85 Prozent auch heute noch ohne Sozialhilfe leben. „Diese Zahlen belegen nachdrücklich, dass die Angebote und Maßnahmen des Sozialdezernats im Rahmen der „Neuen Wege“ nicht nur kurzfristige, sondern langanhaltende Perspektiven für ein Leben ohne Sozialhilfe bieten“, so das Fazit des Berichts.

auch Mitarbeiter des Kreisgesundheitsamts hinzugezogen. Die Gemeinde Erlensee verzeichnete nach dem Abzug der amerikanischen Stationierungstreitkräfte den stärksten Zuzug sozialhilfebedürftiger Neubürger in den ehemaligen US-Wohnungsbestand.



Nach dem Prinzip der ganzheitlichen Hilfe arbeiteten die Ämter während der vierjährigen Projektdauer in einem Beratungs- und Hilfebüro zusammen. Gemeinsam an einem Tisch stellten die Mitarbeiter der verschiedenen Ämter mit den Betroffenen einen Plan auf, der klar regelte, welche Pflichten der Hilfeempfänger erfüllt und welche Hilfen die Behörde leistet. So konnten individuelle Lösungen auch für komplexe Problemlagen erarbeitet werden.

Ziel war jeweils die dauerhafte Unabhängigkeit von Sozialhilfe. Um Sozialhilfebezug bereits im Vorfeld zu verhindern, wurde zudem besonderer Wert auf präventive Hilfen gelegt. Zum Angebot gehörten eine ortsnahe Stellenakquisition, Berufs- und Ausbildungsberatung und Hausbesuche bei den Klienten.

Die Teamarbeit von Mitarbeitern der Bundesbehörde Arbeitsverwaltung und des kommunalen Sozialhilfeträgers, die sich auch auf eine hervorragende EDV-Ausstattung stützen konnte, führte zur Verkürzung der Bearbeitungswege. Ansprüche auf Leistungen wur-

Gemeinnützige Arbeit

Durch gemeinnützige Arbeit mit Mehraufwandsentschädigung werden schwer vermittelbare Sozialhilfeempfänger mit Tätigkeiten in öffentlichen Einrichtungen an eine regelmäßige Beschäftigung herangeführt.

Dabei werden unter anderem Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Arbeitsbereitschaft getestet und trainiert. Der Hilfeempfänger erhält für diese Arbeit, die maximal 20 Wochenstunden umfasst, eine Mehraufwandsentschädigung neben der eigentlichen Sozialhilfe. Die erfolg-

den schneller geklärt und realisiert, Integrationschancen der Hilfeempfänger geklärt und Arbeitsvermittlungen beschleunigt. Geldleistungen wurden konkreter an Mitwirkungspflichten der Empfänger gebunden und Missbrauch von Sozialhilfe wirksamer verhindert.

Bilanz

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger-Haushalte hat sich während der vierjährigen Projektdauer in Erlensee vom 17. Juni 1996 bis zum 31. August 2000 um 37,6 Prozent verringert.

In diesem Zeitraum wurden 183 Personen in Arbeitsverhältnisse auf dem Ersten und Zweiten Arbeitsmarkt vermittelt.

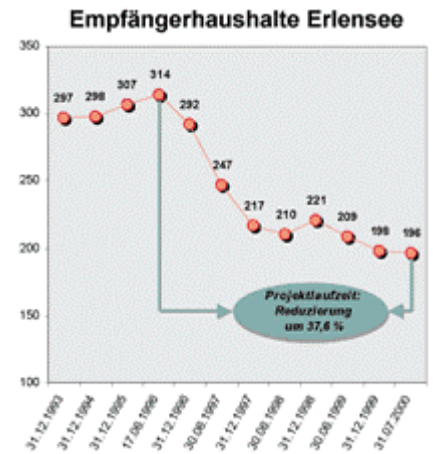
Nur 56 Prozent aller Sozialhilfeanträge mussten bewilligt werden; in den übrigen Fällen konnte man einen Sozialhilfebezug durch präventive Hilfen verhindern.

Nach Abzug aller Mehrkosten für Personal und EDV ergaben sich aus diesem Projekt Einsparungen für den Haushalt des Kreises in Höhe von rund 1,56 Millionen Euro.

reich abgeleistete gemeinnützige Arbeit ist häufig der Einstieg in eine Erwerbstätigkeit auf dem Zweiten Arbeitsmarkt im Berufsbildungs- und Beschäftigungszentrum in Gründau-Rothenbergen.

Bilanz

Im Main-Kinzig-Kreis werden in Städten und Gemeinden und in kreiseigenen Einrichtungen zusammen 849 Stellen für gemeinnützige Arbeit vorgehalten.



In der Zeit vom 1. November 1997 bis zum 30. Juni 2003 wurden diese Stellen mit insgesamt 10 367 Hilfeempfängern besetzt.

Dabei ergaben sich Einsparungen durch Kürzungen oder Einstellung der Sozialhilfe bei

Personen, die die gemeinnützige Arbeit ohne Begründung nicht aufgenommen haben, in Höhe von rund 658 600 Euro.

Verhinderung von Leistungsmissbrauch

Angesichts der Tatsache, dass rund 50 Prozent des Gesamthaushalts für den Bereich der sozialen Sicherung des Sozialdezernats ausgegeben werden, muss das Sozialamt seiner Verantwortung für eine effektive Verwendung der Mittel gerecht werden – einer Verantwortung gleichermaßen gegenüber den bedürftigen Bürgern und den Steuerzahlern. Um die Funktionsfähigkeit der Sozialhilfe auch in Zukunft aufrecht erhalten zu können, muss jedem Missbrauch begegnet werden.

Sicherungssysteme, die gewährleisten, dass die Hilfsmittel nur die tatsächlich Bedürftigen erreichen, sind im Main-Kinzig-Kreis neben der Pflicht des Antragstellers, seine Notlage nachzuweisen, eine Überprüfung der Arbeitsfähigkeit, Datenabgleiche mit Einwohnermeldämtern, Sozialversicherungsträgern und Kfz-Zulassungsstellen. Zusätzlich hat das Kreissozialamt einen Sozialdienst eingerichtet, der in Verdachtsfällen auch Überprüfungen vor Ort vornimmt.

Bilanz

Von Juni 1995 bis Ende Juni 2003 wurden 8 107 Überprüfungen durchgeführt, von denen 3 880 (47,9 Prozent) hilferechtliche Konsequenzen nach sich zogen. Dabei ist zu beachten, dass diese Zahlen keinen Hinweis auf den prozentual im Main-Kinzig-Kreis vorliegenden Sozialhilfemissbrauch darstellen, da nur in den Fällen geprüft wurde, in denen bereits ein Anfangsverdacht vorlag.

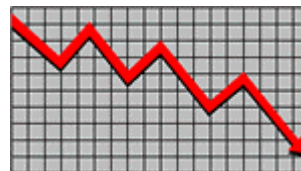
Aus den Leistungseinschränkungen oder Einstellungen der Hilfe ergab sich eine Nettoersparnis an Sozialhilfemitteln von rund 3,58 Millionen Euro.

Ersparnis durch Prüfungen vor Ort

Hilferechtliche Konsequenzen in 3.880 Fällen bei 8.107 Prüfungen vom 1.6.1995 – 30.06.2003

Minderausgaben:

Leistungsminderungen und –
einstellungen



5.921.030 €

Kosten:

Sozialdienst
(zur Zeit 6,5 Stellen)



2.339.885 €

Nettoersparnis



3.581.145

Jährlicher Einspareffekt je Mitarbeiter: 81.114 €



BBZ - Ausbildungsmaßnahmen

Das Fehlen eines Berufsabschlusses ist häufig die Ursache für Sozialhilfebezug, da ungelernete Arbeitskräfte nicht nur in konjunkturschwachen Zeiten auf unsicheren Arbeitsplätzen beschäftigt werden. Das [Berufsbildungs- und Beschäftigungszentrum des Main-Kinzig-Kreises](#) bietet arbeitslosen Jugendlichen daher im Rahmen verschiedener Programme die Möglichkeit, einen Ausbildungsabschluss zu erwerben.

Ausländische Jugendliche mit Sprachschwierigkeiten, lernbeeinträchtigte oder sozial benachteiligte Jugendliche, denen durch das Arbeitsamt ohne weitere Förderung kein Ausbildungsplatz in einem anerkannten Ausbildungsberuf vermittelt werden kann, erhalten im [BBZ](#) eine Chance. Dort werden sie zum Konstruktionsmechaniker, Teilezurichter, Holzmechaniker oder Kaufmann für Bürokommunikation ausgebildet.

Jugendliche, die wegen erheblicher Defizite im kognitiven Bereich keine übliche Berufsausbildung erfolgreich absolvieren können, werden im [BBZ](#) in einem zweijährigen fachpraktischen Ausbildungsgang projektbezogen zur Berufsreife geführt. Berufsfelder sind dabei Metall, Holz-, Bau- und Haustechnik.



Wenn Unternehmen oder öffentliche Einrichtungen Ausbildungsplätze für Jugendliche anbieten wollen, ihnen jedoch die personellen, organisatorischen oder sachlichen Voraussetzungen zu einer umfassenden Berufsausbildung fehlen, können sie im Rahmen der Verbundausbildung auf die Einrichtungen und das Fachpersonal des [BBZ](#) zurückgreifen. Die Ausbildungsgänge laufen im [BBZ](#) für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses im Lehrgangs- oder Kurssystem. Die Kosten dafür werden von den Ausbildungsbetrieben erstattet.

Bilanz

In Berufsbildungs- und Förderlehrgängen für Jugendliche wurden in der Zeit von 1991 bis Ende Juni 2003 insgesamt 443 Jugendliche im [BBZ](#) beschäftigt.

Davon waren 259 Jugendliche in regulären Ausbildungsverhältnissen tätig. Durch ein spezielles Motivationsprogramm konnte der Anteil Jugendlicher mit erfolgreichem Ausbildungsabschluss im [BBZ](#) mittlerweile auf jährlich 78 Prozent gehoben werden.

Im fachpraktischen Ausbildungsgang wurden insgesamt 80 Jugendliche zur Berufsreife qualifiziert.

Eine überbetriebliche Verbundausbildung in Verbindung mit Betrieben, Städten oder Gemeinden absolvierten 104 Jugendliche.

Als „Gutes Praxisbeispiel“ veröffentlicht im [Online-Verwaltungslexikon olev.de](http://www.olev.de).
http://www.olev.de/good-practice/NSM/MKK-Sozialhilfe_f_Arbeitslose.pdf.

Texte und Grafiken übernommen von der Website des Main-Kinzig-Kreises <http://www.mkk.de> am 11.05.2004, auch verfügbar (am 31.07.2007) als Broschüre des MKK (4,15 MB):
http://www.mkk.de/cms/media/pdf/aemter/sozialamt/bilanz_2001/Broschuere_Neue_Wege.pdf